

## Pressemitteilung

### KeKoWi rügt KMW-Politik der vollendeten Tatsachen

#### Hasardspiel unter Missachtung aller Einwender

**Wiesbaden, 29.02.2008.** Wie man der Presse entnehmen konnte, hat der Aufsichtsrat der KMW mitten im laufenden Genehmigungsverfahren bei nur einer Stimmenthaltung den Kauf eines ca. 1,2 Milliarden Euro teuren Kohlekraftwerks gebilligt.

Hierzu erklärt BI-Sprecher Meinrad von Engelberg: „Die KMW sind ein kommunales Unternehmen. Ein solches Unternehmen sollte sich an die Spielregeln des Genehmigungsverfahrens halten und alles unterlassen, was seinem Ausgang vorgreift.

Doch die KMW tut genau das Gegenteil und versucht vollendete Tatsachen zu schaffen.“

Noch bevor rund 60.000 Einwendungen der Bevölkerung, zahlreicher Gemeinden und Institutionen überhaupt gesichtet und noch bevor die Bedenken am Erörterungstermin, dem 29. April 2008, diskutiert werden konnten, stimmt der Aufsichtsrat der KMW dem Kaufvertrag für das Kohlekraftwerk zu, als sei dessen Bau schon ausgemachte Sache.

„Der Aufsichtsrat vernachlässigt anscheinend seine Aufsichtspflicht“, so v. Engelberg weiter: „Welche Kosten entstehen der KMW, wenn - wie zu erwarten - die Genehmigung nicht erteilt wird oder auf dem Klageweg erstritten werden muss? Den möglichen Schaden von Regressforderungen haben natürlich die Aktionäre, also die Stadtwerke und damit die Bürgerinnen und Bürger von Mainz und Wiesbaden. Und das, obwohl die Stadt Wiesbaden selbst eine umfangreiche Einwendung erhoben hat. Aber zu mehr als einer matten Enthaltung hat es nicht gereicht, noch nicht mal zu einer einzigen Nein-Stimme! Das zeigt, dass die Bürger diesen Wahnsinn allein stoppen müssen.“

Meinrad v. Engelberg vermutet aber noch einen anderen Hintergrund: „Vielleicht soll damit auch Druck auf die Genehmigungsbehörde ausgeübt werden frei nach dem Motto ‚jetzt könne man leider nicht mehr zurück oder es würde für die beiden Städte sehr teuer‘. Die KMW beweist einmal mehr, dass ihr die Bedenken der Bürger herzlich egal sind und dass sie sich verdammt sicher ist, die Prüfung ihres Antrags werde schon nicht allzu kritisch ausfallen. Wenn die sich da mal nicht verrechnen – auf unser aller Kosten!“

Die Bürgerinitiative ‚Kein Kohlestrom Wiesbaden‘ KeKoWi fordert im Interesse der Bürger eine sofortige Offenlegung aller finanziellen und juristischen Verpflichtungen, die mit dieser Entscheidung verbunden sind, sowie eine Erklärung der KMW, wieso sie ein Kraftwerk bestellt, für dessen Bau überhaupt keine Genehmigung vorliegt.

„Denen sitzt die Angst im Nacken“ vermutet v. Engelberg: „Der KMW läuft schlicht und einfach die Zeit davon. Mit jedem Monat, der ins Land geht, verschärfen sich die ökonomischen Rahmenbedingungen und die Auflagen werden härter: Vielleicht bekommt man am Ende gar nicht mehr genug Emissionsrechte zugeteilt, um das Kraftwerk betreiben zu können, vielleicht sind diese inzwischen unbezahlbar geworden? Deshalb spielt die KMW Hasard und zwar in dem Wissen, dass sie nicht Pleite gehen kann, solange es noch Steuerzahler und Stromkunden gibt, die am Ende für den Schaden aufkommen.“

Hoffentlich gibt es bei Kraftwerken wie bei anderen Produkten, die sich als untauglich erweisen, auch ein Rückgaberecht. Wenn man keinen Führerschein hat, bekommt man ihn nicht schon deshalb, weil man gerade auf Kredit ein superteures Auto bestellt hat. Aber das wird die KMW auch noch merken.“